

(Abgeordneter Lange [Leipzig].)

- (A) die nur jüngere Lehrkräfte anstellen können, die natürlich während des Krieges einberufen werden. Diese armen Gemeinden haben die Gehälter weiterzuzahlen und haben obendrein die Vertretungskosten zu zahlen. Ich verzichte darauf, zu schildern, wie es in diesen Gemeinden aussieht, die 100 Prozent und 300 Prozent ihrer Staatseinkommensteuer schon in Friedenszeiten für die Schule aufgebracht haben. Die Steuerzahler sind zum Teil eingezogen, die Steuerkraft ist geschwächt, und außerdem sind Kriegsunterstützungen, Zulagen und dergleichen von den Gemeinden aufzubringen. Dazu kommen die sonstigen wirtschaftlichen Maßnahmen. Da fällt es mir auf, um eins aus dem Schulgebiete herauszuheben, daß z. B. in Tit. 16 von Kap. 96, die Beihilfen an Schulgemeinden, um 60000 M. geringer eingestellt worden ist, und zwar wegen geringeren Bedürfnisses. Wenn die formalen Bedingungen des Gesetzes vom 23. Mai 1914 unzulänglich sind, dann müßten eben diese Bedingungen geändert werden, aber man kann doch nicht einfach in den Schuletat 60000 M. weniger einstellen, weil in den Gemeinden ein geringeres Bedürfnis vorhanden ist. Das verstehe doch wer will! Wenn die Regierung, um Nothilfe leisten zu können, zureichende Summen für die Schule eingestellt hätte, so bin ich der Überzeugung, es hätte sich im ganzen Landtage niemand gefunden, der dagegen Einspruch erhoben hätte, aber es fehlt eben unserem Kultusministerium in dieser Beziehung an dem Mut und der Tatkraft, da, wo es angebracht ist, etwas zu leisten. Wir hätten den stillen Wunsch, um diesen beiläufig auszusprechen, daß etwas Ganzes aus einem Stücke geschaffen werden möchte. Ein wirkliches Schulgesetz läßt sich natürlich in dieser Zeit nicht aus den Ärmeln schütteln, und es soll kein Vorwurf sein, daß heute ein solches nicht vorliegt, aber daß von der Regierung nicht einmal der Wille vorhanden ist, und daß nicht einmal die Geneigtheit dazu vom Kultusministerium ausgesprochen wird, das fällt doch auf. Für Flickerei auf einzelnen schulpolitischen Gebieten haben wir allerdings wenig Verständnis. Wenn aber das kommende Schulgesetz denselben Stempel tragen sollte und aus demselben Backofen geschoben werden sollte wie die Reform der Ersten Kammer oder der Landtagsordnung, dann bitte — lieber nicht!

(Heiterkeit und Zustimmung links.)

Leider scheint sich diese Politik — wie soll ich sie bezeichnen, um ein deutsches Wort zu gebrauchen —, diese rückständige Politik auch auf die Landeshochschulen zu erstrecken, und das fängt an bedenklich zu werden. Es macht sich der Wille starker Interessengruppen der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes bemerkbar, einen Ein-

fluß auf die Universität zu erhalten und besonders wichtige Lehrstühle mit ihnen geneigten und ihnen geeignet erscheinenden Kräften zu besetzen. Der Standpunkt dieser Kreise ist der ausgesprochene Herrenstandpunkt, feindlich jeglicher Sozialreform, außer wenn sie weiße Salbe ist, wie sie sie selbst bezeichnet haben. Wir glauben ja auch nicht, daß durch die Sozialreform die Klassenunterschiede und Gegensätze aus der Welt geschafft werden können, sind aber doch immer noch so naiv zu glauben, daß durch sie die Gegensätze gemildert werden können und damit der Weg zu einem gleichen und freien Staatsbürgertum gebahnt werden könnte. Darum muß uns daran liegen, daß auch für die nächste Generation, für die künftig auszubildenden Beamten, unter denen ja auch einmal Staatsmänner sein können, ein Geschlecht herangebildet wird, das das nötige Verständnis ohne Voreingenommenheit mitbringt. Diese Bestrebungen, die ich eben gekennzeichnet habe, sind ja nicht neu. Schon vor 20 Jahren war es der Freiherr v. Stumm, welcher im Reichstag unsere sächsische Landesuniversität Leipzig verdächtigte, es würde an ihr keine arbeitgeberfreundliche Wirtschaftspolitik gelehrt. Es haben dann Versuche stattgefunden, durch Geldmittel Institute für praktische Wirtschaftspolitik in ihrem Sinne zu schaffen, und unterzeichnet sind diese Aufträge, die dafür Geld aufzubringen hatten, vom Grafen Schwerin, Herzog von Ratibor, Direktor Ballin, Borfig, Krupp, Kirdorf, Mirbach, Siemens, Dr. Bueck usw. Der letztere ist ja der bekannte Mann, der auch dem deutschen Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern die 12000 M. gab, damit die Regierung Mittel in der Hand habe, gegen die Arbeiter in sozialpolitischen Fragen kämpfen zu können. Das hat ihm ja damals sein Amt gekostet, als es öffentlich bekannt wurde. Jetzt ist man aber wieder auf ähnliche Weise am Werke. In einer Anzahl kleiner Universitäten — Breslau, Kofstock, Kiel, Königsberg — ist es diesen Kreisen gelungen, Dozenten und Professoren an Institute zu bekommen, die ihre Interessen in erster Linie zu wahren haben. Aber das genügt ihnen nicht. Sie möchten an bedeutendere Universitäten kommen und möchten größeren Einfluß gewinnen. So wurden ja dann in dem bekannten Schreiben vom Syndikus der sächsischen Industriellen vom 30. Mai 1908 auch unserem Kultusminister 30000 M. angeboten, wenn er dem Professor Ehrenberg einen Lehrstuhl an der Leipziger Universität beschaffen würde,

(Hört, hört! links.)

um ein Institut für eine solche praktische Wirtschaftsforschung zu gründen. Die Fakultät der Universität wies damals diese empörende Zumutung mit Entrüstung zurück.